Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.
—
Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.
—
Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 66. Dienstag den 20. März 1849.

**Bekanntmachung.**

Mittwoch den 21. d. Nachmittags 3 Uhr öffentliche Sitzung
der Stadtverordneten. Hauptgegenstände der Verhandlung: 1)
Verpachtung der städtischen Ufergefälle; 2) Wahl neuer Commis-
sions-Mitglieder; 3) Rechnungs-Revisionen; 4) Verpachtung der
Dandelskischen Bude am Eingange des Rathhauses; 5) Bau
der Fontainen am Markt und in der Judenstraße; 6) Verpachtung
des Grundstücks „Wilhelmswohl"; 7) Einkommensteuer; 8) per-
sönliche Angelegenheiten.

In Vertretung: G. Müller.

---

## Inland.

Berlin, den 16. März. Die gerichtliche Voruntersuchung gegen die bei der Steuerverweigerung betheiligten Deputirten ist kürzlich abgeschlossen und von dem Staatsanwalte gegen neun Abgeordnete, welche angeblich eine besondere Thätigkeit zur Ausführung dieses Beschlusses an den Tag gelegt und zu denen auch der Assessor Bucher und der Kaplan Schaffraneck gehört haben sollen, die „Versetzung in den Anklagestand wegen Hochverraths beantragt worden.

Der Antrag des Staatsanwalts ist vorschriftsmäßig an die Deputation des Kriminal-Senats des Kammergerichts für schwere Verbrechen, welche zugleich die Anklagekammer bildet, und welche aus drei Mitgliedern, dem Kammerger.-Rath Strietthorst als Vorsitzenden, und dem Kammerger.-Rath Heim und Kammerger.-Ass. Oppenheim als Beisitzer besteht, gegangen. In einer Sitzung der Anklagekammer, welche vor einigen Tagen stattgehabt hat, soll dieselbe den Beschluß gefaßt haben: den Staatsanwalt mit seinem desfallsigen Antrage auf Versetzung in den Anklagestand wegen Hochverraths zurückzuweisen. In den Gründen dieses Beschlusses ist ausgeführt worden, daß in den vorliegenden Thatsachen nicht die Requisition des Verbrechens des Hochverraths gefunden werden könnte.

CC Berlin, den 17. März. Zwanzig kleinere Meister des hiesigen Schneider-Gewerks haben in richtiger Würdigung des Grundsatzes: „Wer Rettung sucht, erwarte die Rettung weder von Oben noch von Unten, sondern nur durch sich selbst," sich vereinigt, um mit den vielen Kleiderläden, welche als die Hauptursache des Ruines des Schneidergewerks angesehen werden, in erfolgreiche Concurrenz zu treten. Sie werden ein großartiges Kleidermagazin schon in den nächsten Tagen eröffnen, wozu jeder der Zusammengetretenen Geld, Credit und Arbeit hergeben wird. Jeder zahlt 20 Rthlr. baar ein und liefert für 10 Rthlr. Arbeit; außerdem verpflichtet sich jeder, im ersten Jahre einen von dem gemeinschaftlichen Etablissement auf ihn gezogenen Wechsel von 50 Rthlr. zu honoriren 8 Tage nach Sicht. Die Haft für diese 20 Wechsel übernimmt die Gesellschaft solidarisch, so daß, wenn einer wider Erwarten nicht im Stande ist, den auf ihn gezogenen Wechsel einzulösen, jeder der Vereinsgenossen 2½ Rthlr. zahlt. Die Theilnehmer erhal en, bis sich aus der Einlage und dem Gewinne ein Grundkapital von 5000 Rthlr. gebildet hat, nur einen mäßigen Arbeitslohn (für einen Rock z. B. 10 Sgr. über den Gesellenlohn); sobald diese 5000 Rthlr. erzielt sind, wird alle halbe Jahre eine Dividende an die Betheiligten gezahlt. Da sich bestimmt voraussetzen läßt, daß diese gemeinsame Unternehmung nur von solider Arbeit einen Erfolg erwartet, so darf man auch eben so bestimmt einen glücklichen Fortgang versprechen.

Nach Nachrichten aus Hannover sieht es in der Hauptstadt sowohl als auf dem platten Lande, insbesondere in den Küstenstrichen nicht sonderlich beruhigend aus; eben so sagt man, daß der König von Hannover gegen die Wahl unseres Königs zum Kaiser von Deutschland keinen Widerspruch erheben werde, überhaupt versteht man sich eines solchen nur von Sachsen und Baiern.

Der Glaube an einen bevorstehenden Krieg mit Rußland gewinnt mehr und mehr Boden. Die Russischen Truppen im Königreich Polen sollen hart an unsern Grenzen ihr Lager aufgeschlagen haben; ferner berichten Privatbriefe und Reisende, daß die Russischen Garden aus Petersburg ausmarschirt und bereits in Riga angekommen seien.

Berlin, den 17. März. Nach den neuesten, durchaus zuverlässigsten Nachrichten aus Frankfurt ist in Folge einer zwischen Gagern und Cowley getroffenen Uebereinkunft an Bunsen in London ein Kurier mit der Weisung abgegangen, auf Grundlage der von Palmerston aufgestellten Bedingungen die Unterhandlungen wieder anzuknüpfen, was mit Sicherheit schon in der nächsten Zukunft eine friedliche Lösung der für den europäischen Frieden so bedrohlichen Frage erwarten läßt.

— Aus dem Staats-Anzeiger entnehmen wir Folgendes:

Des Königs Majestät haben die zur Uebergabe der Adresse der ersten Kammer bestimmte Deputation, unter dem Vortritt ihres Präsidenten von Auerswald, heute Mittag um 12 Uhr in dem Rittersaale des Königlichen Schlosses im Beisein sämmtlicher Staats-Minister zu empfangen und die Adresse entgegenzunehmen geruht.

Se. Majestät erwiederten auf die Adresse Folgendes:

Meine Herren!

Mit hoher Befriedigung erkenne ich in der mir überreichten Adresse der ersten Kammer den unzweideutigen Ausdruck ihrer Treue und echten Vaterlandsliebe, Ich halte mich überzeugt, daß die Meinem Herzen wohlthuende Kundgebung solcher Gesinnungen dazu beitragen wird, das Vertrauen zu befestigen, mit welchem das Land auf die Thätigkeit der ersten Kammer blickt. Möge ihre Wirksamkeit unter Gottes segensreichem Beistande reichliche Frucht bringen für das Gedeihen und die Wohlfahrt unseres theuren Vaterlandes! Die erste Kammer wird dann in der dankbaren Anerkennung des Landes den schönsten Lohn für ihr patriotisches Streben finden.

Nach dieser Antwort geruhten Se. Majestät Sich mit den Mitgliedern der Deputation zu unterhalten, und wurde dieselbe demnächst huldvoll entlassen.

Berlin, den 18. März. Dem Vernehmen nach wird die Zusammenziehung einer Preußischen Truppenmacht an der Mecklenburgischen Grenze nicht in der Anfangs bestimmten Weise stattfinden, und statt des 5. und 10. Infanterie-Regiments das 18. und 19. Landwehr-Regiment aus der Provinz Posen dorthin marschiren.

Breslau, den 14. März. Die hiesige Polizeibehörde erließ gestern nachstehende Bekanntmachung: Der unterzeichneten Behörde ist bekannt, daß seit längerer Zeit eine große Anzahl von Polen aus Galizien sich hier unangemeldet aufhält, während ihnen nur die Durchreise durch die Preußischen Staaten, nicht aber der Aufenthalt in denselben gestattet worden. Es ist deshalb nöthig geworden, die Weiterreise der aus dem Auslande hier anlangenden Polen zu beaufsichtigen.

Am gestrigen Abend waren 20 Polen aus Galizien auf der Oberschlesischen Eisenbahn angekommen und hatten, ohne in einem Gasthause Wohnung zu nehmen, sich sofort in eine hiesige Restauration begeben. Um ihre Legitimation zu prüfen, ehe sie sich, wie schon so viele andere Polen aus Galizien, der fremd-polizeilichen Aufsicht entzögen, und um ihre Wiederabreise zu controliren, wurden ihnen ihre Reisepässe mit der Zusicherung abgefordert, daß ihnen über den Empfang derselben eine Bescheinigung ertheilt und die Pässe selbst vor ihrer Abreise wieder eingehändigt werden würden. Sie verweigerten jedoch hartnäckig die Herausgabe ihrer Pässe und wurden in ihrer Weigerung nicht nur von Andern in der Restauration unterstützt, sondern sie erhielten sogar bewaffneten Zuzug von anscheinend polnischen Studenten. Als die unterzeichnete Behörde mit dem von den nächsten Wachen herbeigezogen Militair den ihr geleisteten Widerstand zu brechen sich vorbereite, gelang es jenen sämmtlichen Personen, durch eine unbemerkte Thür zu entkommen. Eine spätere Meldung darüber, wo die 20 Polen über Nacht gewesen, ist nicht eingegangen.

Das Polizei-Präsidium nimmt hieraus Veranlassung, die in Breslau heimlich anwesenden, so wie die ankommenden Polen ernstlich aufzuforden, sich der polizeilichen Meldung nicht zu entziehen. Alle diejenigen, welche hiergegen fehlen, haben im Betretungsfalle ihre Festnehmung und demnächst zu gewärtigen, daß sie, falls ihnen der Aufenthalt hierselbst nicht gestattet ist, oder falls sie ohne genügende Legitimation sind, dahin, woher sie gekommen, zwangsweise wieder zurück gebracht werden. — Gleichzeitig wird in Erinnerung gebracht, daß, wer Fremde ohne polizeiliche Meldung bei sich beherbergt, nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nachdrückliche Strafe sich zuzieht.

Stettin, den 15. März. (Ostsee-Ztg.) Aus Neu-Brandenburg geht uns die Nachricht zu, daß daselbst der Belagerungszustand erklärt worden sei. Aeußere Veranlassung dazu sei der extreme und böswillige Charakter gewesen, welchen die Katzenmusiken in letzter Zeit angenommen hätten.

Pillau, den 14. März. Das Urtheil des Kriegsgerichts ist endlich den vier Offizieren und dem einjährigen Freiwilligen v. Roggenbucke, welche eine sehr ruhig gehaltene Adresse an die frühere Nationalversammlung unterzeichnet hatten, publizirt worden. Die Lieutenants v. Wegnern und Lentz des 3. Inf.-Reg., v. Roggenbucke, von der Artillerie, und Wernich, von den Ingenieuren, waren wegen Treubruchs und entfernter Anmaßung von Hoheitsrechten, kriegsgerichtlich verurtheilt, und zwar die Offiziere zur Ausstoßung aus dem Offizierstande, Verlust der National-Cocarde, fünf Jahren Festung, und zur Unfähigkeit, je wieder Offiziere zu werden. Gegen den Unteroffizier (Freiwilligen) v. Roggenbucke war, aus gleichen Gründen, Degradation zum Gemeinen, fünfjährige Strafarbeit, Verlust der Cocarde, mit Versetzung in die zweite Klasse erkannt worden. Dieses Urtel wurde dahin gemildert: Gegen die Offiziere: Entlassung aus dem Offizierstande und dreijährige Festungshaft; gegen Roggenbrucke: Degradation und zweijährige Strafarbeit. Der Commandant hat die Strafe sofort in Ausführung bringen lassen. Die vier Offiziere sitzen bereits im Staats-Gefangenenhause, während der unglückliche 18jährige Unteroffizier bereits unter die Diebe und Sträflinge gesteckt ist.

Schleswig, den 16. März. Der Reichskommissair Stedtmann hat Depeschen von Frankfurt erhalten und in Folge dessen ein Schreiben an das Büreau der Landesversammlung gerichtet, um das Zusammentreten derselben zu verhindern. Letztere wird daher ohne Zweifel morgen nur zusammenkommen, um sich sofort auf kurze Zeit (vielleicht bis Montag zu vertagen.

Frankfurt a. M., den 15. März. 185ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Vorsitzender der Präsident Ed. Simson. Zu den Erklärungen der Deutschen Regierungen ist eine von Oesterreich eingegangen (Hört!) und durch den interimistischen Bevollmächtigten überreicht worden. Desgleichen ein Flottenbeitrag von über 300 Gulden in Banknoten aus Salzburg. (Bravo!)

Der Reichsminister des Handels, Duckwitz, erwiedert heute auf die Eisenstucksche, die Verwaltung der Flotten-Angelegenheit betreffende Anrufung vom 12. mit einer Darstellung des Verfahrens, welches das Marinedepartement den von Eisenstuck gerügten Fällen gegenüber eingehalten. „Weil binnen fünf Monaten — schließt er seinen Vortrag — keine Flotte erbaut werden könne, so seien Schiffe erkauft worden, und das Reich besitze gegenwärtig demnach: 3 Dampf-Fregatten, (wovon eine den Namen „Erzherzog Johann," die andere „Barbarossa" führen werde), 6 Dampf-Korvetten, 1 Kampffähiges Segelschiff von 32 Kanonen und 86 Kanonenböte und Jollen, wenngleich nicht alle schon ganz im Bau beendet sind. Für die Armirung aller dieser Fahrzeuge ist das Material beschafft, die Offiziere zu deren Befehligung sind engagirt, das Medizinalwesen ist geordnet, Exerzier- und Disciplinar-Reglements sind ausgearbeitet und in der Einführung begriffen, Modelle und Zeichnungen für den Schiffsbau auf den Deutschen Werften sind besorgt und kundige Kriegsschiff-Baumeister werden in Kurzem zur Beaufsichtigung einiger Bauten eintreffen.

Das ist das Resultat einer wenig mehr als dreimonatlichen Thätigkeit der Marine-Verwaltung, welche weder Organe noch Hilfsmittel irgend einer Art vorfand, und noch mehr geleistet haben würde, wenn nicht mehrere Deutsche Staaten die unerläßlichen Geldmittel ihr vorenthalten hätten.

Die hohe Versammlung hat verlangt, daß eine Deutsche Flotte als einheitliche Reichssache geschaffen werden solle. Diesem Verlangen ist Folge gegeben und nunmehr ein tüchtiger Kern für die Entwickelung der Deutschen Seemacht gewonnen. Deutschland erscheint daher zuerst auf dem Meere unter dem schwarz-roth-goldenen Kriegsbanner als eine Einheit. Möge diese auf dem festen Lande bald nachfolgen!" (Beifall.)

Riesser erstattete den Bericht des Verfassungsausschusses über den vom Abgeordneten Welcker in der 184. öffentlichen Sitzung vom 12. März 1849 gestellten Antrag.

Während der Ausschuß sich mit der Berathung dieses Antrags beschäftigte, ist ihm durch das Präsidium der Nationalversammlung eine von dem Oesterreichischen Bevollmächtigten dem Präsidenten des Reichsministeriums mitgetheilte Note der Kaiserlich Königl. Regierung vom 9. d. M. zugekommen, deren Inhalt zu der dem Ausschuß gestellten Aufgabe in naher Beziehung steht.

In dem neu eingetretenen Umstande dieser Oesterreichischen Note*), schon insofern dieselbe nur von einem Staatenhause wissen will, dagegen den vollständigsten Verzicht auf eine Volksvertretung für den zu gründenden Bundesstaat fordert, durch diese Forderung eine der wesentlichsten unerläßlichsten Grundlagen des neuen Deutschen Verfassungsbaues schlechthin für Oesterreich zurückweist — erkennt der Ausschuß einen neuen Grund der Beschleunigung dieses Verfassungswerkes. Der Ausschuß erklärt sich mit den Ansichten und Gründen Welcker's in den meisten Punkten durchaus einverstanden, in einem glaubt er über den vorliegenden Antrag hinausgehen zu müssen, indem er die Mitaufnahme des Wahlgesetzes in den Gesammtbeschluß der Verfassungs-Annahme vorschlägt. Hierbei bestimmt ihn die Erwägung, daß unverkennbar die Hauptprinzipien des Wahlgesetzes in einem innigen Zusammenhange mit der Verfassung stehen. In der vorgeschlagenen Fassung des Wahlgesetzes folgte er im Wesentlichen den Beschlüssen der ersten Berathung, nur in Bezug auf die Offentlichkeit der Abstimmung seinen frühern Antrag wiederholend. Außerdem beantragt er mit Rücksicht darauf, daß, so lange Deutsch-Oersterreich in dem Deutschen Volkshause nicht vertreten sein wird, die Zahl der Mitglieder desselben nach dem früher angenommenen Maßstabe eine zu geringe sein würde, eine Vermehrung der Wahlkreise durch Herabsetzung der erforderten Bevölkerung.

In der Verfassung selbst sind jetzt nur diejenigen Veränderungen vorzunehmen, welche, so lange Oesterreich nicht beitritt, durch die Natur der Sache und durch die Rücksicht auf billige Ansprüche erfordert werden.

Der Vorschlag des Ausschusses ist demnach auf folgenden Beschluß gerichtet, welchen derselbe als ein Ganzens, über welchen durch eine einzige Abstimmung zu entscheiden sein wird, betrachtet.

1) Die gesammte Deutsche Reichsverfassung, so wie sie jetzt nach der ersten Lesung und nach möglichster Berücksichtigung der Wünsche der Regierungen durch den Verfassungs-Ausschuß redigirt vorliegt, durch einen einzigen Gesammtbeschluß anzunehmen: jedoch mit den Modifikationen, daß
   a) nunmehr §. 1 folgende Fassung enthalte:
      „Das Deutsche Reich besteht aus dem Gebiet des Deutschen Bundes unter folgenden näheren Bestimmungen:
      „den österreichischen Bundeslanden wird der Zutritt offen gehalten,"
      „die Festsetzung der Verhältnisse des Herzogthums Schleswig bleibt vorbehalten;"
   b) daß, so lange die österreichischen Bundeslande dem Bundesstaate nicht beigetreten sind, die nachfolgenden Staaten eine größere Anzahl von Stimmen im Staatenhause erhalten, nämlich:
      Baiern 20, Sachsen 12, Hannover 12, Württemberg 12, Baden 10, Großherzogthum Hessen 8, Kurhessen 7, Nassau 4, Hamburg 2.
2) Dem nächsten nach Einführung der Verfassung zusammentretenden Reichstage das Recht vorzubehalten, in seiner ersten Sitzungs-Periode Aenderungen einzelner Bestimmungen der

Verfassung in Gemeinschaft mit der Reichsregierung in den Formen der gewöhnlichen Gesetzgebung zu beschließen.

3) Durch denselben Gesammtbeschluß auch das Wahlgesetz, so wie dasselbe in erster Lesung angenommen wurde, nunmehr definitiv zu genehmigen, jedoch mit den beiden Modifikationen, daß
   a) so lange die österreichischen Bundeslande dem Bundesstaate nicht beigetreten sind, in §. 7 die Zahl von 100,000 auf 75,000, und dem entsprechend in den §§. 8 und 9 von 50,000 auf 40,000 herabgesetzt werde, auch die Punkte sub 6 und 7 der Reichswahlmatrikel, so wie die Punkte der Bestimmung wegen Lübeck, in §. 9., wegfallen;
   b) daß in §. 13 die früher vom Verfassungs-Ausschuß vorgeschlagene Fassung: „das Wahlrecht muß in Person ausgeübt, die Stimme mündlich zu Protokoll abgegeben werden,“ angenommen werde.
4) Die in der Verfassung festgestellte erbliche Kaiserwürde Sr. Majestät dem Könige von Preußen zu übertragen.
5) Das feste Vertrauen auszusprechen, daß die Fürsten und Volksstämme Deutschlands großherzig und patriotisch mit diesem Beschluß übereinstimmen und seine Verwirklichung mit aller Kraft fördern werden.
6) Zu erklären, daß, sofern und so lange der Eintritt der Deutsch-Oesterreichischen Lande in den Deutschen Bundesstaat und seine Verfassung nicht erfolgt, die Herstellung eines möglichst innigen und brüderlichen Bundes mit denselben zu erstreben sei.
7) Zu beschließen, daß die National-Versammlung versammelt bleibe, bis ein Reichstag nach den Bestimmungen der Reichs-Verfassung berufen und zusammengetreten sein wird.

Ferner theilt der Bericht mit: 3 Minoritätserachten, 1) eventuelles Minoritätserachten, 2) eventuelle Anträge, sämmtlich unterzeichnet von Schüler aus Jena, Schreiner, Wigard, Römer resp. von Ahrens, Mittermaier, Gülich und 3) ein langes, in Bezug auf das vom Reichsministerium gegen die Oesterreichische Regierung in verschiedenen Punkten einzuschlagende Verfahren sehr energisch lautendes Sondergutachten von Wigard und Schüler. Das erste Minoritäts-Erachten verlangt Uebergang zur Tagesordnung; das eventuelle Minoritätserachten beantragt für den Fall, daß nach Welcker's Antrag dem Könige von Preußen die Deutsche Kaiserkrone erblich angetragen würde, die Hinzufügung der Bedingung: „daß die einzelnen Provinzen des Preußischen Staates sich zu eben so vielen besonderen, zum Deutschen Reiche gehörigen Staaten konstituiren.“ Römer (namentlich im Hinblick auf das Mißverhältniß der fabriktreibenden Staaten im Staatenhause.)

Jenes Sondergutachten endlich schließt mit der Forderung, über den Welckerschen Antrag unter 2—8 zur motivirten Tagesordnung überzugehen.

Frakfurt a. M., den 15. März. Die Linke war heute sehr freudig überrascht, als H. Simon und Temme in ihrer Mitte erschienen; wie von verschiedener Seite versichert wird, sind die beiden Herren nicht in der Absicht gekommen, der Oesterreichischen Politik gegen Preußen zu dienen, sondern um für den Welcker'schen Antrag, also für die Einheit und die Rettung des Vaterlandes zu stimmen. Auf der anderen Seite des Hauses fanden sich v. Saucken und Martens mit herzlichem Willkommen begrüßt. — Wie man glaubt, wird die Debatte über den Welcker'schen Antrag erst am nächsten Dienstage geschlossen werden. Die Aussichten auf den Erfolg sind günstig.

— Die neue österreichische Note ist am 13. früh von Hrn. von Schmerling dem Reichsministerium des Innern mitgetheilt worden. Die österreichischen Mitglieder aller Fraktionen waren gestern gemeinsam versammelt, und beschlossen, nicht auszutreten. In der Paulskirche war gestern das Gerücht verbreitet, es werde eine Verfassung für Deutschland octroyirt werden.

Freiburg, den 9. März. Für die Zeit des bevorstehenden politischen Prozesses wird die hiesige Garnison noch durch ein Bataillon Württembergischer Infanterie, eine halbe Batterie reitender Artillerie und eine Abtheilung Reiterei verstärkt, und in der Umgegend zahlreiche Truppenabtheilungen aufgestellt werden.

Dresden, den 15. März. Die erste Kammer erklärte heute einstimmig, daß die Instruktion des Sächsischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt dem Willen der Kammer entgegen sei, und mit allen gegen 5 Stimmen, daß diese Instruktion zurückgenommen werden solle.

Leipzig, den 17. März. In einier außerordentlichen Beilage der Leipziger Zeitung wird eine Bekanntmachung des sächsischen Ministeriums des Innern zur Kenntniß des Publikums gebracht, worin es heißt: „Nach einer Mittheilung des Reichsministeriums des Innern haben mehrere Individuen von Genf aus die deutsche Gränze überschritten, um in den verschiedenen deutschen Staaten einen republikanischen Aufstand zu leiten. Das Ministerium bringt solches hierdurch zur Kenntniß sämmtlicher Polizei-Behörden, indem es dieselben zugleich anweist, nicht allein im Allgemeinen allen etwa vorkommenden aufständischen Bewegungen mit energischer Benutzung der bereitesten Mittel entgegenzutreten, sondern namenllich auf die in dem Verzeichnisse angegebenen Personen — von denen 3 zunächst für das Königreich Sachsen ausgesendet sein sollen, ihr besonderes Augenmerk zu richten, dieselben im Betretungsfalle zu verhaften und schleunigsten unmittelbaren Bericht anher (nach Dresden) zu erstatten, sofern nicht Grund zu sofortiger Abgabe an die Justizbehörde vorliegt.

Von dem Emissären werden 12 mit Namen aufgeführt — lauter „Gevatter Schneider und Handschuhmacher.“ Das zur Republlkanisirung Sachsens bestimmte Kleeblatt besteht aus einem Schneider, einem Buchbinder und einem Messerschmied.

Wien, den 15. März. Nach Berichten aus Mailand vom 11. d. hatten die Bewohner der Strada Turino, müde der für sie qualvollen Militär-Contribution und Einquartirung, den Anstifter der Bewegung in den Faschings-Tagen, welcher einen schwarz-gelben Strohmann vor der Wohnung des Intendanten der Emigranten-Güter, Rati, aufgehängt hatte, denselben ausgeliefert. Es ist der Geliebte der flüchtig gewordenen berüchtigten Demokratin Madame Taverna. Der Gouverneur Wimpffen ließ hierauf allsogleich die Truppen abziehen und die Ruhe wurde nicht einen Augenblick gestört. — In Bergamo erfolgte vor einigen Tagen ein Attentat auf einen Offizier, welcher jedoch den Thäter, der sich flüchtete, verwundete. Sogleich wurde Haus-Untersuchung eingeleitet, allein es fand sich nirgends ein Verwundeter. In Folge dessen ist der Stadt Bergamo eine Contribution von 200,000 Lire so lange auferlegt, bis sie den Thäter ebenfalls ausgeliefert. — Längs des Ticino befürchtet man stündlich einen Einfall der aus Piemont abziehenden Lombarden, welche überall auf ihrem Zug die gräulichsten Excesse verüben, sie sind den Piemontesen eben so ein Gräuel, wie der Armee Carl Alberts.

— Das Volk wallfahrtet noch immer zum Grabe der für Freiheit gefallenen Vorkämpfer und ist sehr erstaunt, daß ihm wachtstehende Croaten und Seressaner den Zugang zur heiligen Stätte verwehren. Von stiller Wehmuth erfaßt und in dankbarer Erinnerung an die Unvergeßlichen, wandert man zurück und fügt sich in aller Stille in die gebietende Nothwendigkeit. — Schon seit längerer Zeit nehmen Diebereien und Raub mehr als je überhand. Heute Nacht wurde zu Maria Trost ein Kirchenraub in einer verabscheuungswürdigen Weise verübt. Man fand Bilder und Statuen demolirt, Meßgewänder zerrissen und die Altäre auf eine entwürdigende Art verunreinigt.

Wien, den 16. März. Folgende telegraphische Depesche aus Cilli ist heute veröffentlicht worden: „F.-M.-L. Baron Heß an den Ministerpräsidenten Fürst Schwarzenberg. „Der Waffenstillstand wurde am 12. März von Seite Piemonts aufgekündigt, wonach die Feindseligkeiten am 19. und 20. beginnen können. Mailand am 12. März 1849. Diese Nachricht, die sich schon gestern Abend verbreitete, bewirkte das Fallen der Fonds um $2\frac{1}{2}$ pCt. — Die operirende Armee in Ungarn hat folgende Stellungen inne: Tokay ist von der Brigade Götz, Miiskolcz von der Br. Jablonowski besetzt; F.-M.-L. Schlick steht mit seinem Armeekorps um Erlau, und von da bis Szolnok hinab ist das Gros der Armee concentrirt; der Banus mit seinem Hauptquartier in Czegled, der Fürstmarschall in Ofen. — Die Hinrichtung der Mörder Latour's soll nun demnächst vor sich gehen. Fünf derselben haben bereits ihre unmittelbare, thätliche Betheiligung an dem Morde vor Gericht bekannt. Sie heißen: Wangler, Fischer, Brambosch, Jurkowitsch, Kohl. Schwer gravirt durch Zeugenaussagen sind noch 3 andere: Wilhelm, Nemitz und Neumeyer; letzterer wird beschuldigt, mit einem entwendeten Pioniersäbel dem Grafen einen Hieb in den Kopf versetzt zu haben, sowie gegen den Kattundrucker Nemitz der Verdacht vorliegt, daß er jener Gräßliche gewesen, der im demokratischen Centralvereine sich laut rühmte, dem Grafen ein spitzes Eisen in den Hals gestoßen zu haben. Als merkwürdig in mancher Beziehung steht der Zimmermaler Brambosch da. Seine noch lebende, bejahrte Mutter diente, ihr Geschlecht verhehlend, als Soldat unter Napoleon und fand Gelegenheit, sich um die Person des Kaisers dergestalt verdient zu machen, daß er ihr das Kreuz der Ehrenlegion verlieh. Zwölf Söhne entsprossen dem Schoße dieses tapfern Weibes, von denen elf ruhmvoll vor dem Feinde blieben, während den zwölften der Tod des Verbrechers erwartet. — Der Angabe mehrerer Blätter, daß die Angelegenheiten in Ungarn eine bedenkliche Wendung genommen haben, wird in der heutigen Wiener Zeitung amtlich widersprochen. — Man spricht von zahlreichen Verstärkungen, welche die K. K. Armee in Ungarn an sich ziehen soll. Gegen 10,000 Mann sollen bereits nach Pesth detachirt sein. — Die Vorlesungen an der hiesigen Universität werden nun endlich doch am 20. d. beginnen.

— Man vernimmt, daß in Betreff Fischhofs der Kriminal-Gerichtshof sich geweigert hatte, den Prozeß anzunehmen, der Gouv. Welden bestimmte ihn dazu durch Zumittelung der Akten. Der Angeklagte will auf Offentlichkeit und Mündlichkeit der Prozedur hierbei dringen. Er wird durchaus anständig behandelt und bewohnt ein eigenes Zimmer. Ein Stück im Carlstheater, worin höhnende Anspielungen auf Fischhof vorkommen, wurde bei den betreffenden Stellen einstimmig ausgepfiffen.

— Die Landtagswahlen für die Provinz Oesterreich, sollen in kurzer Zeit ausgeschrieben werden. Es werden 106 Abgeordnete gewählt, von denen 16 auf die Stadt Wien und 90 auf die übrige Bevölkerung kommen. Das Ministerium soll beabsichtigen, die ganz deutschen Provinzen Oesterreich unter Einem Landtage in Wien zu vereinigen. — Zum Festungskommandanten in Essieg ist der k. k. Gen.-Major Schnekel von Trebersburg ernannt worden. — Man erzählt sich hier, der Kaiser Franz Joseph werde gegen Ende dieses Monats das kaiserl. Schloß in Schönbrunn unter dem Namen eines Grafen von Habsburg beziehen, der Belagerungszustand aber bis zur Beendigung des ungarischen Krieges fortdauern. Man will zugleich wissen, daß die Annahme des Namens Graf von Habsburg deshalb nothwendig sei, weil, „wenn der Kaiser“ nach Wien käme, der Belagerungszustand aufgehoben werden müßte. Uebrigens soll Schönbrunn außer dem Belagerungs-Rayon erklärt werden.

Wien, den 15. März. Ein 28stes Armee-Bülletin bestätigt den Rückzug der Insurgenten unter Bem nach Maros-Vásárhely und faßt die verschiedenen neueren Kriegs-Operationen zusammen. Comorn und Peterwardein sind enger cernirt und es verstärkt sich die Hoffnung einer baldigen Uebergabe der gedachten Festungen.

Pesth, im März. Aus Debreczin ist eine hochwichtige, und weil allgemein und von beiden Parteien gleichmäßig erzählt, auch ziemlich glaubwürdige Nachricht nach Pesth gelangt. Ein Deputirter soll das Wort verlangt und gefragt haben, ob man ohne Angst vor der Bergpartei offen und frei, wie es in einem ehrenhaften Parlament Sitte sei, seine Meinung äußern dürfe. Als die Frage bejaht wurde, trug er geradezu darauf an, die Reichsversammlung wolle Seine Majestät den Kaiser Franz Joseph als legitimen König Ungarns anerkennen. Nyary unterstützte zuerst diesen Pacifikationsvorschlag und selbst Kossuth hielt eine glänzende Rede für den Antrag, welcher dann einstimmig durchging. Die nächste Zukunft muß die Bestätigung oder Verneinung dieser Erzählung bringen. Vielleicht will man auch nur Zeit gewinnen.

Pesth, den 11. März. Nach gestern spät Abends eingelaufenen verläßlichen Berichten haben die Insurgenten Szolnok ohne Schwertstreich geräumt, sich über die Theiß gezogen und die dortige Brücke verbrannt.

Ofen, den 8. März. Der Fürst zu Windischgrätz hat nachstehende Verordnung erlassen: „Um über dem Verbot einer Verbindung mit den Rebellen jeden Zweifel zu heben, wird im Nachhange zu meiner Proclamation vom 11. Februar d. J. zur allgemeinen Kenntniß gebracht: 1) Während der Dauer des Belagerungszustandes hat jeder direkte und indirekte Verkehr mit den Rebellen und den Einwohnern der von ihnen besetzten Gegenden aufzuhören. 2) Desgleichen ist auch jede Handelsverbindung aufgehoben. 3) Die Päße von Reisenden sind nur dann gültig, wenn sie in gehöriger Form ausgestellt und von der Militär-Behörde visirt sind. 4) Alle Waarensendungen, Zufuhren von Lebensmitteln, Rohstoffen oder Kunsterzeugnissen jeder Art sind nach diesen Gegenden verboten. 5 Die Dreißigstämter oder sonstigen Behörden dürfen weder zur Verfrachtung nach bestimmten Orten, noch transito in von den Rebellen besetzte Theile des Landes Waaren verzollen, Bolleten, Erlaubnißscheine u. s. w. ausstellen. 6) Die Kaiserlichen Truppen sind angewiesen, auf der ganzen Linie der von den Rebellen okkupirten Strecken alle Frachtwagen anzuhalten, zu konfisziren und die Eigenthümer und Verfrachter dem Gerichte zu überliefern. Alle diejenigen, welche gegen diese Verbote handeln, verfallen der standrechtlichen Behandlung, desgleichen alle, die dazu Vorschub leisten. Die Waaren aber werden konfiszirt und zu Gunsten des Aerars verkauft.

Lemberg, den 10. März. Der kommandirende General Baron v. Hammerstein sammelt jetzt ein Truppencorps, um in eigener Person gegen die Magyaren zu operiren. Die Ruhe der Stadt ist vollkommen, und die Stimmung der Mehrzahl der Bewohner läßt nichts zu wünschen übrig. (Ll.)

## Ausland.

### Frankreich.

Paris, den 14. März. Die beiden ersten Stunden der heutigen Sitzung waren der Bewilligung mehrerer Urlaubsgesuche und zwei Skrutinien für die Präsidentenwahl gewidmet. Merkwürdig ist, daß in Betreff der Urlaubsgesuche diejenigen, welche wegen Familienangelegenheiten eingegangen waren, bewilligt, diejenigen, welche zur Ordnung von Gemeindeangelegenheiten verlangt worden, abgeschlagen wurden. Es ist schwer, die eigentlichen Motive dieser Abstimmungen herauszufinden. Was die Präsidentenwahl anlangt, so sah Herr Marrast bei dem ersten Skrutinium seine Wahl zum ersten Mal scheitern. Der Berg wollte Herrn Marrast dafür strafen, daß er auf die bekannten Unterbrechungen der Bergbewohner nicht die gebührende Rücksicht genommen. Beim zweiten Skrutinium trug er den Sieg davon, da sich der Berg erweichen ließ. Die Tagesordnung führt zur Fortsetzung der Diskussion über das Wahlgesetz. Der Art. 81. über die Inkompatibilitäten wird endlich angenommen. Ein ziemlich lebhafter Kampf entspann sich bei Artikel 83., wozu die Kommission das Amendement vorschlug, daß die Zeit, welche Militärpersonen in der National-Versammlung gesessen, weder beim Abschied aus dem Dienst, noch beim Avancement nach der Anciennetät in Anschlag gebracht werden solle. Die militärischen Mitglieder der National-Versammlung waren indignirt über diese Bestimmung, welche Herr St. Romme im Namen der Kommission dadurch vertheidigte, daß dieselbe allein den Prinzipien republikanischer Gleichheit entspreche. Das Amendement der Kommission wurde verworfen. Eben so fiel ein Amendement des Herrn Larabit durch, welches dahin ging, daß den richterlichen Personen, welche zu Repräsentanten ernannt worden und deshalb ihre Entlassung gegeben, die Befugniß zustehe, nach der Erlöschung ihres Mandats ihren früheren richterlichen Rang wieder einzunehmen. Die Diskussion bleibt bei Artikel 84 stehen.

— Man spricht davon, daß, in Folge der zahlreichen Auswanderungen nach Kalifornien ein Bischof in partibus von San Franzisko ernannt werden solle. Der heilige Stuhl habe zu dieser Würde einen Französischen Geistlichen ausersehen, der aber auch selbst mit mehreren Missionaren nach Kalifornien abgehen werde.

— Der Prozeß in Bourges zieht noch immer die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Aus der Sitzung vom 12ten ist noch auf die Vernehmung der Zeugen Adam und Beaumont aufmerksam zu machen. Ersterer ist Generalsekretär der Seinepräfektur und befand sich im Stadthause, als dasselbe gestürmt wurde. Aus seinen Aussagen geht hervor, daß Kolonel Rey, welchem die Bewachung des Stadthauses anvertraut war, nicht die gehörigen Vorsichtsmaßregeln zum Schutz desselben getroffen hatte, so wie, daß die Angeklagten bei der Konstituirung einer neuen provisorischen Regierung wirklich und aktiv betheiligt waren. Dasselbe geht aus den Aussagen des Herrn Beaumont hervor, der am 15. Mai unter Rey im Stadthause kommandirte. — In der Sitzung des Gerichtshofes vom 13. März wurde zuerst der Zeuge Yautier, Kolonel der 9. Legion,

vernommen. Derselbe verbürgte sich zwar für General Courtais und die Ehrenhaftigkeit seiner Absichten, mußte aber zugestehen, daß er von Morgens 9 bis Nachmittags 3 Uhr gar keine Befehle erhalten hatte. Seine Aussagen über die versuchte Konstituirung der proviso- rischen Regierung setzten außer Zweifel, daß Barbès und andere der Angeklagten bei diesem Versuch unmittelbar und hauptsächlich be- theiligt waren. Barbès rief der Menge zu: „Die National-Ver- sammlung ist aufgelöst, wie am 24. Februar, durch den Willen des Volks; wir haben eine neue Regierung zu konstituiren, um die Re- publik zu retten; denn ein Tag ohne Regierung würde das Chaos sein.“ Der Zeuge Vabrin hatte Barbès verhaften helfen, da der- selbe mit der Abfassung der Proklamation für die neue Regierung be- schäftigt war. Gegen Schluß der Sitzung giebt Blanqui einen Ab- riß seiner politischen Thätigkeit vom 28. Februar bis zum 15. Mai, eine Darlegung, die an sich zwar interessereich ist, der Wahrheit aber nicht allzu nahe kommt.

— Der Monit. meldet: „Der Präsident der Republik hat einen Brief empfangen, in welchem ihm Se. Majestät der König von Preußen den Tod seines Vetters, des Prinzen Friedrich Wilhelm Waldemar, anzeigt.“

Paris, den 14. März. Seit gestern spricht man viel von Auf- lösung des Brüsseler Congresses und von Eröffnung neuer Conferen- zen zu London, an welchen England, Frankreich, Oesterreich, Preu- ßen, Baiern, Würtemberg und Hannover Theil nehmen, und welche die freundschaftliche Revision der Verträge von 1815 zum Zwecke haben würden. — General Lflo ist seit Freitag von seiner ihm von der vollziehenden Gewalt im vorigen Juli übertragenen Mission zu- rückgekehrt. Nach dem „National“ hatte er mehrere Unterredungen mit dem Czar, der lebhafte Sympathieen für französische Republik kund gab. — Man will wissen, daß unsere Regierung dem Könige Karl Albert in einer Note lebhafte Vorstellungen über seine Kriegs-Entwürfe gemacht und ihm erklärt habe, daß er, falls er den Waffenstillstand aufgebe, weder direct noch indirect auf Frankreichs Beistand zählen dürfe. Wolle er aber das Ergebniß der diplomati- schen Unterhandlungen abwarten, so werde Frankreich seinen ganzen Einfluß für ihn aufbieten.

Lyon, den 9. März. Die Frist, welche von der Regierung für Abnahme der phrygischen Mützen von den Freiheitsbäumen gestellt wurde, ist nun vorüber, und dieses Revolutionszeichen ist auch wirk- lich überall verschwunden. In Croix Rousse geschah dieses unter dem Beistande des Militairs. Die Maires der Landgemeinden wer- den durch anonyme Briefe bedroht, daß, falls sie dieser Beschimpfung der Freiheit willige Hand liehen, es um ihr Leben geschehen sei. In dem nahen Charly erhielt der Vorstand der Gemeinde ein Drohschrei- ben, das neben dem „Salut et fraternité“ zugleich die Abbildung von Dolchen enthielt. In den Ortschaften, wo der Legitimismus haus't, werden jetzt drei Mal wöchentlich besondere Gebete für Hein- rich V., der dort als ein wahrer Messias betrachtet wird, verrichtet. Die Güter-Besitzer und reichen Eigenthümer arbeiten tüchtig für die bevorstehenden Wahlen. Sie werden von den Geistlichen ganz offen unterstützt. Der Minister Falloux ist im ganzen südlichen Frankreich äußerst beliebt, weil er den Congregationen nicht feind ist und in Bezug auf die Schulvorstände, welche geistlichen Orden angehören, sich duldsamer zeigt, als seine Vorgänger.

## Schweiz.

Bern. In der Großrathssitzung vom 10. theilte Hr. Regie- rungspräsident Funk dem Gr. Rathe folgenden Bericht des Statthalters von Pruntrut mit: „Ich habe die Ehre, Ihnen einen Bericht zu übermachen, der mir soeben zugekommen ist. Aus diesem Berichte des Zollbeamten von Fahy (französisch-schweizerischer Gränzort) vom 8. März geht hervor, daß ein Detachement franz. Soldaten des 25. leichten Reg. mit Sack und Pack am 7. d. M. um 1 Uhr über die Gränze gekommen ist. Sie waren von einem Lieutenant und einem Unteroffizier angeführt und mit einer Kantine und Le- bensmitteln versehen. Ihre Aufführung während ihres Aufent- haltes in Fahy war ganz tadellos. Um 3 Uhr zogen sie ab, be- wundert von den Einwohnern.“ Ferner zeigte er an, daß der Re- gierungsrath in Bezug auf diese Mittheilung beschlossen habe, eine weitere Untersuchung über den Vorfall einzuleiten, und je nach dem Ergebnisse zu handeln. Inzwischen sollen die Aktenstücke dem Bun- desrathe übermittelt und seine Verwendung um vollständige Satis- faktion für diese befremdende Gebietsverletzung nachgesucht werden. (B. Z.)

## Italien.

Es ist kein Zweifel mehr: die Feindseligkeiten in Ober- Italien haben wieder begonnen, Karl Albert ist ins Feld gerückt.

Der englische und der französische Gesandte in Turin, Aber- cromby und Bois-le-Comte, thaten ihr Möglichstes, den Kö- nig zum Frieden zu stimmen: dieser entgegnete, Oesterreichs Auf- treten gegenüber dem Brüsseler Congreß und die in der Lombardei begangenen Grausamkeiten haben seine Geduld erschöpft. Auf die Bemerkung Abercromby's, der Krieg könnte leicht zu einer ita- lienischen Republik führen, soll der König den Ausspruch gethan haben: „Wenn die Unabhängigkeit und Einheit Italiens nur ver- mittelst der Republik erreicht werden könne, werde ich der Erste sein, der von diesem Augenblick an nach der rothen Mütze greift.“

Rom, den 6. März. Die Preußische Gesandtschaft hat gestern Abend in Folge von eingelaufenen Befehlen des Gesandten, Herrn von Usedom, ihre und die päpstlichen Wappenschilder herunterneh- men lassen. Die Französische Fahne weht indeß noch auf dem Ge- sandtschafts-Hôtel, obwohl man schon seit längerer Zeit versicherte, daß auch sie eingezogen werden solle. — In welcher Art jetzt in der Konstituante die Dekrete durchgesetzt werden, davon giebt der Be- schluß über die Union mit Toskana ein merkwürdiges Beispiel. Ca- nino fand bedeutende und, wie es scheint, wohl begründete Opposi- tion besonders hinsichtlich der materiellen Interessen; da nahm er den Hut ab, schwenkte ihn mit dem Rufe: „Evviva l'unione!“ und, ehe da! Kammer und Tribünen stimmten einmüthiglich ein, der Präsident aber sah sich genöthigt, den Antrag als durch Akklamation angenommen zu verkünden. An den Ecken ist bereits das Dekret an- geschlagen, durch welches der Minister des Aeußern beauftragt wird die Unterhandlungen über die politische und ökonomische Union mit Tos- kana zu Ende zu führen. Canino aber wird in einem hiesigen Karri- katurenblatt, Don Pirlone, dargestellt, wie er an Straßenjungen schlimmster Qualität Geld austheilt und, mit dem Hute nach dem Sitzungslokal der Konstituante zeigend, ihnen sagt: „Unterstützt mich auf der Tribüne!“ — Alle Beamten im Civil und Militair, wel- che nicht in bestimmter Frist ihre Zustimmung zur Republik ausspre- chen, sind abgesetzt erklärt; auch die, welche jetzt ihren Abschied neh- men sollten, erhalten ohne eine solche Erklärung keine Pension. Die Censurbehörden, welche noch bei den Douanen für fremde Bücher be- standen, sind aufgehoben; die Zölle auf Bücher jedoch leider noch nicht. Mazzini, schon in seiner Abwesenheit zum Römischen Depu- tirten erwählt, ist nun hier eingetroffen.

Die provisorische Regierung von Florenz hat die schmachvollen Dekrete vom 22. Febr., welche Güter-Konfiskation und Kriegsgerichte anordneten, wieder zurückgenommen, da, wie sie sich ausdrückt, „der Verdacht und das Mißtrauen der Tyrannei der Maje- stät der Volksregierung widerstreben.“

Der Piemontesischen Zeitung wird vom 1. März aus Neapel geschrieben: „Letzten Montag, den 26. Februar, haben sich der Englische und der Französische Gesandte, Temple und Rayne- val, sowie die Admirale Parker und Baudin zum König nach Gaeta begeben, um daselbst das Ultimatum in der sizilianischen Ange- legenheit zu berathen und aufzusetzen. Nehmen die Sizilianer die vorgeschlagenen Bedingungen nicht an, so erklären die beiden vermit- telnden Mächte, daß sie sich in den Kampf nicht mischen werden und daß sonach der König verfährt, wie es ihm gutdünkt. Die Haupt-Ar- tikel des Ultimatums sind: Ferdinand II., König beider Sizilien; all- gemeine Amnestie, mit Ausnahme von dreißig Führern der Revolu- tionspartei, die Pässe zugefertigt erhalten; die Verfassung von 1812 mit Abänderungen, ein Sizilianisches Parlament, eigene Finanzen, Munizipalitäten, Gerichte; ein vom König ernannter Lieutenant, der ein königl. Prinz oder Sizilianer sein muß; die Ministerien des K. Hauses, des Auswärtigen, der Marine vom König abhängig; Bezah- lung von 4 Millionen rückständigen Steuern und einer Million Kriegs- Kontribution. Ein Englisches Schiff hat das Ultimatum nach Pa- lermo überbracht.

## Rußland und Polen.

Petersburg, den 23. Febr. Unter diesem Datum bringt die Turiner „Concordia“ einen Bericht über eine russisch- österreichische Allianz. Danach würde der Kaiser Franz Joseph die Großfürstin Anna heirathen, und der Bund stützt sich auf folgende Punkte: 1) Offensiv- und Defensiv-Bündniß, 2) Aufnahme der Türkei in den Bund, 3) Aufrechterhaltung der Verträge von 1815, 4) Garantie der russischen Ansprüche auf Schleswig-Holstein und der österreichischen auf Toskana. Der „Concordia“ zufolge, hat nur die Weigerung der Türkei und der Stand des Krieges in Ungarn bisher eine bewaffnete Intervention der beiden Staaten in Italien gehindert.

!R Kalisch, den März. Die verschiedentlichsten Rüstungen der hiesigen Militairbehörde haben Sie bereits aus unserem frü- heren Berichte erfahren, und wenngleich wir uns in unsere dama- ligen Vermuthungen ein paar Tage später geirrt zu haben glaubten, so können wir heute nicht umhin, dieselbe neuerdings zu bestäti- gen. — Es war nämlich in dieser Zeit hier wie ausgestorben, weil unsere ganze militairische Besatzung uns verlassen hatte, und nur eine Compagnie Invaliden den Dienst versah. Es schien uns, als wollte man wissentlich uns zu einem Kravalle verleiten, an- dererseits glaubten wir, man wolle uns die etwaigen Folgen einer Auflehnung recht deutlich machen. Genug indeß, es blieb ruhig, und wird es jedenfalls bleiben, da wir nun wieder, fast zum Ueberfluß, mit Kriegsleuten überhäuft sind. — Die Gerüchte, eines Einmarsches in Preußen, sind dieselben, nur geschieht dies, wie man hier erzählt, im Verein mit Oesterreich. — Zur Verpro- viantirung des Lagers bei Kirchdorf sind die nöthigen Befehle gege- ben, unter diesen auch der, daß in Preußen sofort 1000 Klafter Holz angekauft werden mögen, was, wie wir erfahren, bereits bei einem Gutsbesitzer des Adelnauer Kreises unweit der Grenze ge- schehen ist. — Reisende, deren erprobte Wahrheitsliebe keinen Zweifel zuläßt, erzählen, daß man im Königreiche überall auf Truppen stößt. — Die Erfahrung hat uns indeß davon überzeugt, daß diejenigen Truppen, die heut noch Standquartier hatten, mor- gen schon 10 Meilen weiter zu finden waren, mithin die unge- fähre Zahl der Besatzung nie genau angegeben werden kann, weil sie immer mobil ist. Artillerie soll im Königreiche eine ungeheure Zahl vorhanden sein.

---

## Kammer-Verhandlungen.

Zehnte Sitzung der Ersten Kammer vom 16. März.
Anfang 10¼ Uhr. Präsident v. Auerswald.

Der Schriftführer Wachler verliest das Protokoll der gestrigen Sitzung. Während dieser Zeit beschäftigen sich die Abgeordneten mit dem Lesen der neusten Zeitungen. Minister-Präsident von Brandenburg, Minister von Manteuffel, Rintelen, Rabe erscheinen auf ihren Plätzen. Das Protokoll wird ohne erheblichen Widerspruch genehmigt.

Präsident: Ich habe den Beschluß der Hohen Kammer gestern sofort dem Herrn Minister-Präsidenten mitgetheilt mit dem Ersuchen die Bestimmung Seiner Majestät über den Empfang der Deputation einzuholen.

Die heute früh eingegangene Antwort des Herrn Minister-Präsi- denten lautet dahin, daß Se. Majestät die Deputation am Sonn- abend den 17. d. M. Mittags 12 Uhr im hiesigen Königl. Schlosse empfangen werden.

Zu Mitgliedern der Deputation sind folgende Abgeordnete durch das Loos bestimmt worden:

Bergemann, Meier, Bornemann, Böcking, Baumstark, Stahl, Borries, Knoblauch, Itzenplitz, Forkenbeck, Denzien, Wachler, Hermann, Wittgenstein, Ammon Behr, Triest, v. Pilaski, Rosenkranz (zwei Namen wurden nicht verstanden).

Es werden noch einige stylistische Abänderung beantragt, was zu mancher ergötzlichen Abstimmung führt z. B.:

Kuh beantragt, im letzten Satze hinter dem Worte „hin“ ein Komma zu setzen.

Präsident: Ich frage die Versammlung, ob sie hinter das Wort „hin“ ein Komma setzen will? (Große Heiterkeit.)

Graf Eulenberg (zur Fragestellung) widerspricht der Abstimmung da durch das Komma eine materielle Aenderung herbeigeführt werden würde.

In der nach einigen weiteren Bemerkungen endlich stattfindenden Abstimmung wird das „Komma“ verworfen. (Schallendes Gelächter.)

Da über die jetzt vorliegende Fassung des Entwurfs Niemand mehr das Wort verlangt, so erklärt der Präsident dieselbe für genehmigt. Die Adresse lautet also:

Königliche Majestät!

Die Mitglieder der Ersten Kammer haben in Ehrfurcht die Worte vernommen, welche Ew. Majestät am 26. Febr. vom Throne herab an die zu den beiden Kammern versammelten Vertreter des Volkes gerichtet haben.

Die Verfassung vom 5. Dezember v. J., auf deren Grund wir gewählt und berufen sind, erkennen wir als das zu Recht bestehende Staatsgrundgesetz an und gewahren mit Dank, daß durch die Verleihung der Verfassung das Vaterland vor drohender Zerrüttung geschützt und ein öffentlicher Rechtszustand wieder hergestellt worden ist.

In der seitdem eingetretenen ruhigeren Stimmung des Landes, in der Wiederkehr des früher so tief erschütterten Vertrauens und in der beginnenden Belebung des Handels und der Gewerbe erblicken wir mit Freude eine Wirkung jener das Vaterland rettenden Maßregel und eine Gewähr der Hoffnungen, welche sich an dieselbe für die Gestaltung des öffentlichen Lebens und alle Zweige der Wohlfahrt knüpfen.

Die von Ew Majestät den Kammern vorbehaltene Revision der verliehenen Verfassung fordert uns auf, dieselbe nach den Wünschen und Bedürfnissen des Volkes und ihm in Geiste gegebenen Verheißungen sorgfältig zu prüfen. Unsere Zuversicht, bei dieser Aufgabe zur baldigen Verständigung mit der Zweiten Kammer und mit Ew. Majestät Regierung zu gelangen, ist um so größer, je wichtiger es uns Allen erscheinen muß, das Land so schnell als möglich der vollen Befriedigung und Sicherheit theilhaftig zu machen, welche an die Vollendung dieser Revision geknüpft sind.

Hinsichtlich des über die Hauptstadt und ihre nächste Umgebung verhängten Belagerungszustandes sind uns von Ew. Majestät nahere Vorlagen angekündigt. Wir werden uns durch deren gewissenhafte Prüfung in Stand setzen, über diese außerordentliche Maßregel unser Urtheil auszusprechen.

In den theils schon vorläufig ergangenen, theils angekündigten Verordnungen erkennen wir die Thätigkeit, welche Ew. Majestät Regierung der durch den Geist der Neuzeit bedingten Umgestaltung vieler wichtigen bürgerlichen Verhältnisse widmet. Wir werden diesen Vorlagen die größte Sorgfalt zuwenden.

Die durch die Verfassungs-Urkunde den verschiedenen Religionsgesellschaften zugesicherte Selbstständigkeit hat ein dringendes Bedürfniß befriedigt und bereits zur Heilung tiefgehender Zerwürfnisse beigetragen. Die in Aussicht gestellte baldige Verwirklichung jener Zusicherung, unter geeigneter Mitwirkung der betreffenden Religionsgesellschaften vollzogen, wird noch mehr den Gewinn darthun, der daraus sowohl für das religiöse als für das bürgerliche Leben entspringt.

Der finanzielle Zustand des Landes nach so außerordentlichen Anstrengungen und die Bereitwilligkeit, womit die freiwillige Anleihe beschafft worden, sind redende Zeugnisse für die in diesem Verwaltungszweige herrschende Ordnung und das darauf beruhende öffentliche Vertrauen, sowie für die patriotische Gesinnung des Volkes. Dieses Vertrauen wird, so hoffen wir, durch die genaue Prüfung der zu erwartenden Vorlagen über den Staatshaushalt einschließlich des Staatsschatzes, befestigt, und durch dasselbe die Kraft des Staates zu noch größeren Anstrengungen, wenn solche nöthig würden, gestärkt werden.

Zu unserer großen Beruhigung vernehmen wir aus dem Munde Ew. Majestät die Versicherung, daß den Vertheidigungsmitteln des Landes ununterbrochen die nöthige Sorgfalt zugewendet werden konnte. Es erfüllt uns mit Stolz, ein Heer zu besitzen, welches mit der Stärke, die ihm seine musterhafte Organisation verleiht, den noch höheren Ruhm einer unter den schwierigsten Verhältnissen unerschüttert gebliebenen Disziplin und Pflichttreue verbindet.

Die von Ew. Majestät gehegten Wünsche für die innigere Vereinigung aller deutschen Staaten zu einem Bundesstaate leben mit gleicher Stärke in dem Herzen des Volks. Die Befriedigung der Sehnsucht nach dem einigen Deutschland ist innere Nothwendigkeit. Sie ist entsprungen aus der tief begründeten Erkenntniß, daß vor Allem in dieser Einigung alle geistigen und materiellen Fragen, welche unser Vaterland bewegen, gelöset, die mahnenden Bedürfniße der deutschen Nation in ihrem staatlichen, gewerblichen und Handels Leben befriedigt werden können. Diese Einigung wird das deutsche Volk zu der Größe und Herrlichkeit erheben, zu welcher es nach seiner Lage im Herzen Europa's besonders befähigt und berufen ist. Je mehr der Augenblick zur Verwirklichung dieses Gedankens drängt, desto stärker tritt für Preußen der Beruf hervor, die bis dahin bewiesene Bereitwilligkeit, dazu mitzuwirken, auf das Entschiedenste zu bethätigen.

Sollte dieselbe unter den gegenwärtigen Umständen nicht zu einer Vereinigung aller deutschen Staaten führen, so wird Preußen die Anerkennung nicht versagt werden können, daß dieser unerwartete Ausgang von ihm weder herbeigeführt, noch abzuwenden gewesen ist. Wir werden in der Bildung eines engern Vereins innerhalb des Bundes eine zweckentsprechende Anbahnung des großen Ziels mit Befriedigung erkennen, und Ew. Majestät Regierung in Ueberwindung der sich entgegenstellenden Schwierigkeiten und Hindernisse mit aller Kraft zur Seite stehen

In der Versicherung der ungestörten freundschaftlichen Beziehungen Ew. Majestät Regierung zu den auswärtigen Staaten begrüßen wir mit Freuden eine Bürgschaft der Erhaltung des europäischen Friedens. In diesen Beziehungen werden sich, wie wir hoffen, auch jetzt noch die Mittel finden, nachdem von der Krone Dänemark der zwischen ihr und der provisorischen Centralgewalt Deutschlands geschlossene Waffenstillstand unerwartet aufgekündigt worden, die daraus drohenden Irrungen ohne Nachtheil für das Recht, die Ehre und die Interessen Deutschlands zu schlichten. Sollte aber diese Hoffnung nicht in Erfüllung gehen: so dürfen wir getrost die Ueberzeugung aussprechen, daß das preußische Volk, eingedenk seines hohen Berufs als Vorhut Deutschlands, dem Rufe seines Konigs zur Erneuerung des Kampfes, mit viel bewährter Treue und Hingebung folgen werde.

Die Trauer, welche über das Königliche Haus durch den Verlust eines in der Blüthe der Jahre hingeschiedenen Prinzen verhängt worden, wird von dem ganzen Volke innigst getheilt. Möge der Ruhm der Tapferkeit, den selbst das Ausland dem Hingeschiedenen zollte, und das Andenken seiner ausgezeichneten Eigenschaften zur Linderung aller durch diesen Verlust geschlagenen Wunden beitragen.

Der Gedanke, auf den Grund der neuen Verfassung zum ersten Male als Mitglieder der Ersten Kammer unsere Worte an Ew. Majestät zu richten, erhöht das Bewußtsein der mit dieser Stellung verbundenen Pflichten. Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß die wahre Freiheit nur unter der Herrschaft der Gesetze, die Entwickelung des öffentlichen Lebens nur durch die Mäßigung und Eintracht der verfassungsmäßigen Gewalten gedeihen kann, werden wir eben so gewissenhaft die Rechte der Krone achten und

schützen, als über die Rechte des Volkes wachen; und hierin, so wie in der Sorgfalt für die öffentliche Wohlfahrt nach allen Richtungen hin mit der Zweiten Kammer wetteifernd, durch weise Gesetze, insbesondere zur Förderung einer kräftigen Rechtspflege und volksthümlichen Verwaltung, unseren Staat mit Gottes Beistand der Blüthe und dem Genuß der Freiheiten entgegen zu führen suchen, wozu ihm die geistige Bildung seiner Bewohner, die verliehene Verfassung und der erhabene Sinn seines Königs die Aussicht eröffnet und verbürgt.

Schluß der Sitzung: 11 Uhr.

Nächste Sitzung: Montag, 19. März, 10 Uhr.

## Locales 2c.

Posen, den 19. März. Bei Einstellung der Landwehr soll es an einigen Orten — man nennt Stęszewo, Schrimm und Schroda — zu Widersetzlichkeiten gekommen sein, die jedoch den ernsten Maßregeln der Behörden gegenüber resultatlos bleiben mußten. Auch hier in der Stadt zeigte sich bei der gestrigen Einkleidung einige Renitenz von Seiten der polnischen Wehrmänner, die jedoch keine weitere Folge hatte. Daß hier Aufhetzerei im Spiele ist, erkennt man aus den laut gewordenen Aeußerungen, die das Sträuben motiviren sollten. Ein Wehrmann, der sich in das Palais des Grafen Działyński geflüchtet hatte und durch militairische Hülfe herausgeschafft werden mußte, schrie ein Mal über 's andre Mal: „Aber wir wollen nicht gegen den heiligen Papst ziehen", ein Protest, dessen Komik bei den Umstehenden ein allgemeines Gelächter erregte Dieselbe Meinung, daß es auf eine Expedition gegen den Papst abgesehen sei, war auch in Stęszewo vielfach verbreitet und es ist nicht schwer die Quelle dieses auf die Einfalt der Hörer berechneten Gerüchts näher zu bezeichnen.

Posen, den 19. März. Der Wunsch, die Erinnerung an den 18. März des vorigen Jahres, jenen wegen seiner großartigen Ereignisse und seiner segensreichen Folgen für Preußen und ganz Deutschland unvergeßlichen Tag, gemeinsam festlich zu begehen, hatte am gestrigen Abend eine sehr zahlreiche Gesellschaft von Gesinnungsgenossen zu einem Brudermahle im Hotel de Bavière vereinigt. Die Räume waren durch Fahnen festlich geschmückt, u. A. prangte auf einem schwarz-roth-goldenen Banner in rother Schrift der 18. März 1848, daneben auf einer schwarz-weißen Fahne trauerte in schwarzen Schriftzügen der 18. März 1849. Der Bedeutung dieser Feier entsprechende Lieder, so wie zahlreiche Trinksprüche, zum Theil durch längere Reden eingeleitet, liehen dem durch lebhafte und trauliche Unterhaltung gewürzten Mahle einen würdigen, ernsten Charakter. Zwei Sammlungen, von denen die eine dem Berliner Denkmale für die Volkskämpfer des 18. März, die andere aber den Nothleidenden unter den aus Frankreich ausgewiesenen deutschen Republikanern galt, fielen recht erfreulich aus. — Mit herzlichem Bedauern vermißten übrigens die zu löblichem Thun Versammelten so manchen tüchtigen Mitburger, der auch bei dieser Gelegenheit an der Tafel der Volksfreunde nicht hätte fehlen sollen.

✝* Bromberg, den 16. März. Unser hier garnisonirendes 14. Infanterie und 3. Dragoner-Regiment sollen sich zum Abmarsch nach Schleswig-Holstein bereit halten; auch das 1. Bataillon des 21 Infanterie-Regiments, welches hier steht, soll uns verlassen und mehr nach Süden in die Provinz rücken; an Stelle der Ausrückenden erhalten wir des 1. Infanterie-Regiment von Königsberg her. Die hiesige Landwehr wird ebenfalls ausgehoben und soll mit zu den nach Schleswig designirten Bundestruppen gehören. — Die Polen am hiesigen Orte und in der Umgegend sind in enormer Thätigkeit; aus den kleinen Orten der Nachbarschaft hört man häufig von Insulten des Militairs und der Beamten, was auf nicht geringe Aufregung der Polnischen Bevölkerung schließen läßt. Die Nähe des 18 März und die Siege der Ungarn über die Oesterreicher, von denen die Zeitungen berichten, scheinen das Ihrige zur Erhitzung der Gemüther beizutragen. Am hiesigen Orte selbst sind wir übrigens ohne Sorge, da für alle Eventualitäten die energischsten Maßregeln getroffen sind; ob aber in den kleinen, weniger mit Militair besetzten Orten nicht größere Exzesse zu erwarten stehen, ist eine hier fast allgemein mit Ja beantwortete Frage.

Wongrowiec. In wie weit es einem Theile des polnischen Adels gelungen ist, durch seine unausgesetzten Bestrebungen in dem Herzen des gemeinen Mannes die Nationalität zu wecken, und den Haß gegen Deutsche und Militair einzuimpfen, davon lieferten uns die diesjährigen Kantonisten vielfache Beweise. In den deutschen Dörfern, welche sie zu passiren hatten, wurde zerbrochen und umgerissen, was ihnen in die Hände fiel, namentlich waren die Zäune immer ein Gegenstand ihrer Zerstörungswuth. Aufgeregt kamen sie in die Stadt, suchten ihre Courage durch fleißigen Besuch der Schänken noch zu steigern und zeigten dann namentlich beim Nachhausegehen viele Lust mit einzelnen Militairpersonen anzubinden. So sah Referent dieses, wie sie ihre Stöcke den ihnen begegnenden Husaren um die Nase schwenkten und schimpfend nach den Sporren schlugen. Der hingeworfene Fehdehandschuh wurde aber von Seiten der Husaren nicht aufgenommen; sie bogen ruhig die nach ihnen geschwungenen Stöcke von der Seite und setzten ihren Weg fort. An zwei Tagen, den 7. und 9. entstanden unter den Cantonisten vor dem Kreis-Ersatz-Geschäftelokale Prügeleien, von denen die letztere einen ganz nationalen Charakter annahm Man rief: polska żyje! (Polen lebe). Andere sangen polnisch: Polen ist noch nicht verloren, und kann auch nicht verloren gehen; wir treiben die falschen Deutschen, bis hinter das rothe Meer. Einer erhob drohend den Arm gegen einen Deutschen und rief: Euch Deutsche bekommen wir noch: Ein Messer blinkte dabei in seiner Hand. Andere sprachen davon, man müßte die Glocken ziehen. Aus Vorsicht war eine Wache von zwei Mann an dem Glockenthurm aufgestellt. Einem Trompeter, der das Signal zum Futtern gab, wurde die Trompete vom Munde gerissen. Den abgeschickten Patrouillen griff man nach den Gewehren, um sie ihnen zu entreißen. Es wurde Generalmarsch geschlagen. Der aufgestellten Militairmacht und dem humanen Benehmen Seitens der Civilbehörden gelang es endlich, daß sich die tumultuirende Menge allmälig verzog. Wie die Bienen sollen sie dann auf dem nächsten Dorfe in das Wirthshaus eines Deutschen eingedrungen sein und Vieles demolirt haben. (Bromb. Wochenbl.)

✝ Jarocin, den 18. März. — Einer ganz zuverlässigen Quelle verdanken wir die Nachricht, daß das 15. Infanterie-Regiment nach Holstein marschirt, und Bromberg, statt des bisherigen 21. Infanterie-Regiment das 1. Infanterie-Regiment erhalten werde, während höchst wahrscheinlich das 7. Infanterie-Regiment nach Königsberg verlegt werden wird. — Die sämmtliche Landwehr des Großherzogthums soll mobil gemacht werden, und wird nach Holstein marschiren.

⊙ Mieszkow, den 15. März. So eben, Abends 8 Uhr, bringt uns eine Estaffette die Ordre zur Einziehung der beurlaubten Militairs, Kriegsreservisten und Landwehrmänner des ersten Aufgebots, die schon am 18. d. M. früh acht Uhr in Schrimm sich gestellen müssen. Unter den mancherlei wunderlichen Gerüchten, die sich nun in Folge der Ordre im Publikum verbreiten, eins, das Sie am wenigstens hier vermuthen würden. Man gaubt nämlich die Frankfurter Nationalversammlung habe stestimmt durch den von dem Badener Abgeordneten Welker gestellten dringlichen Antrag, sich bereits früher mit dem Berliner Kabinet wegen der Uebernahme der Deutschen Kaiserwürde verständigt, und es sei bei der Mobilmachung der Landwehr expreß auf das untheilbare Oesterreich gemünzt, dem unsere meist Polnische Bevölkerung eine totale Niederlage wünscht, damit die an Ungarn, Italien und Krakau begangene Schuld doch endlich eine Sühne fände. Daß sich hier und da polnischerseits Stimmen vernehmen lassen, jetzt sei es Zeit zu einer eigentlichen Verbrüderung der bis dahin verfeindeten Elemente in unserer Provinz, können wir verbürgen. Wenn das das mehr ist als eine bloß für den Moment auftauchende Luftblase, so wäre nur zu wünschen, daß diese Stimmung nicht eben so rasch wieder verfliege, wie das täuschende Gerücht, dem sie ihren nächsten Anlaß verdankt.

## Markt-Bericht.

Berlin, den 17. März.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 54—58 Rthlr. Roggen loco 25—26 Rthlr., p. Frühjahr 82pfünd. 24½ Rthlr. Br., 24 G. Mai/Juni 25 Rthlr. Br., 24½ G. Juni/Juli 26¼ Rthlr. Br., 25¾ G. Juli/August 26½ Rthlr. Br., 26¼ bez. Gerste, große loco 22—24 Rthlr., kleine 19 bis 21 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 14—15 Rthlr., pr. Frühjahr 48pfd. 13⅓ Rthlr. Br. Rüböl loco 14 Rthlr. Br., 13⅚ G., pr März 13⅚ Rthlr. Br., 13¾ G. März/April 13¾ Rthlr. bez. und Br. April/Mai dito, Mai/Juni 13⅔ Rthlr. Br., $13\frac{7}{12}$ G. Juni/Juli 13⅝ Rthlr. Br., $13\frac{7}{12}$ G. Juli/August 13½ Rthlr. Br, $13\frac{5}{12}$ G, August/Septb. 13⅓ Rthlr. Br., 13¼ G., Sept./Oktober 13 Rthlr. bez. Okt/Novbr. 13 Rthlr. Br., 12¾ G. Leinöl loco 11 Rthlr. Lief. pr. April/Mai 10½ Rthlr. bez. u. Br. Mohnöl 19 a 18 Rthlr. Hanföl 13 Rthlr. Palmöl 14 a 13¾ Rthlr. Südsee-Thran 11½ Rthlr.

Spiritus loco ohne Faß 14⅞ à ⅚ Rthlr. verk., pr. März 15 Rthlr. Br., pr. Frühj. 15 Rthlr. bez. Mai/Juni 15⅜ Rthlr. Br., 15½ G. Juni/Juli 16¼ Rthlr. Br., 16 G.

Posen, den 19. März. Marktpreis für Spiritus pro Tonne von 120 Quart zu 80%. Tralles 12⅓ Rthlr.

## Berliner Börse.

| Den 17. März 1849. | Zinsf. | Brief. | Geld. |
|---|---|---|---|
| Preussische freiw. Anleihe | 5 | 101¼ | 100¾ |
| Staats-Schuldscheine | 3½ | 79¼ | — |
| Seehandlungs-Prämien-Scheine | — | — | 98¾ |
| Kur- u. Neumärkische Schuldversch. | 3½ | — | — |
| Berliner Stadt-Obligationen | 5 | 98½ | — |
| Westpreussische Pfandbriefe | 3½ | 85¾ | — |
| Grossh. Posener " | 4 | — | 96 |
| " " | 3½ | 81 | — |
| Ostpreussische " | 3½ | — | 90½ |
| Pommersche " | 3½ | — | 91¼ |
| Kur- u. Neumärk. " | 3½ | 93 | — |
| Schlesische " | 3½ | — | — |
| " v. Staat garant. L. B. | 3½ | — | — |
| Preuss. Bank-Antheil-Scheine | — | — | 86½ |
| Friedrichsd'or | — | $13\frac{1}{12}$ | $13\frac{1}{12}$ |
| Andere Goldmünzen à 5 Rthlr. | — | 12¾ | 12¼ |
| Disconto | — | — | — |
| **Eisenbahn-Actien** (voll. eingez.) | | | |
| Berlin-Anhalter A. B. | 4 | 74 | 74¼ |
| " Prioritäts- | 4 | — | 87 |
| Berlin-Hamburger | 4 | — | 51 |
| " Prioritäts- | 4½ | 91 | 90¾ |
| Berlin-Potsdam-Magdeb. | 4 | 54½ | 54 |
| " " Prior. A. B. | 4 | 83¼ | — |
| " " " | 5 | 94¾ | — |
| Berlin-Stettiner | 4 | 85¼ | — |
| Cöln-Mindener | 3½ | — | 75 |
| " Prioritäts- | 4½ | — | 92½ |
| Magdeburg-Halberstädter | 4 | 108½ | — |
| Niederschles.-Märkische | 3½ | — | 71 |
| " Prioritäts- | 4 | 85¼ | — |
| " " | 5 | — | 98½ |
| " " III. Serie | 5 | — | 93½ |
| Ober-Schlesische Litt. A. | 3½ | 91⅛ | 90⅞ |
| " " B. | 3½ | 91⅛ | 90⅞ |
| Rheinische | — | — | — |
| " Stamm-Prioritäts- | 4 | — | — |
| " Prioritäts- | 4 | — | — |
| " " v. Staat garantirt | 3½ | — | — |
| Thüringer | 4 | — | 48½ |
| Stargard-Posener | 3½ | 70¼ | 70 |

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.